
Wiebke Knell

KNELL ZU FLÄCHENSTILLEGUNGEN

25.03.2019

Wiesbaden - „Die Landesregierung befindet sich im Umgang mit dem Hessischen Staatswald auf einem grün-ideologischen Holzweg. Die nun im Koalitionsvertrag vorgesehenen Pläne weitere Flächen im Staatswald sich selbst zu überlassen, sind für Experten, die wir diese Woche zu einem Fachgespräch eingeladen hatten, absolut nicht nachvollziehbar. Als besonders kritikwürdig sehen wir dabei die Doppelmoral hinsichtlich der ökologischen Nachteile, die eine solche Stilllegung hat. Denn die Folgen sind eine negative CO2-Bilanz und damit eine Belastung für das Klima und außerdem eine geringere Artenvielfalt, was von der Landesregierung beauftragte, wissenschaftliche Untersuchungen bereits mehrfach nachgewiesen haben. Was die Beweggründe der Grünen sind weiter ideologisch einseitig an der FSC-Zertifizierung festzuhalten, nachdem sogar Greenpeace aus FSC aufgrund der negativen ökologischen Folgen ausgestiegen ist, ist für uns nicht im Ansatz nachvollziehbar“, erklärt die forstpolitische Sprecherin der Freien Demokraten im Hessischen Landtag, Wiebke KNELL. KNELL weiter: „Die verminderte Verfügbarkeit des wichtigen heimischen Rohstoffes Holz führt außerdem zum Import von Holz aus fragwürdigen nicht nachhaltigen Quellen. Kahlschläge in russischen Urwäldern in Sibirien sind traurige Beispiele dieser Entwicklung, die leider von FSC geduldet werden. Der Ausstieg aus FSC durch Greenpeace zeigt, dass FSC in diesen Fällen zum Teil des Problems geworden ist. Die derzeit aufgrund des Noteinschlags vorherrschende Holzschwemme auf dem deutschen Markt wird nicht langfristig anhalten. Wenn zusätzliche ertragreiche Flächen aus der Bewirtschaftung genommen werden, wird dies mittelfristig zu einem Holztourismus führen, der nicht im Sinne einer ökologischen Holzwirtschaft sein kann. Weite Transportwege verschlechtern die ökologische Bilanz zusätzlich.

In der derzeitigen Situation des Waldes, der unter der Borkenkäferplage und der Trockenheit des letzten Jahres leidet, besteht ferner die Gefahr, dass nicht mehr

bewirtschafteten Standorte zu Brutstätten von Baumschädlingen werden und somit den angrenzenden bewirtschafteten Wald zusätzlich schädigen.

Die Pläne der Landesregierung führen zu einer Schwächung des Clusters Holz und des ländlichen Raumes, weil sie Wertschöpfung in andere Länder verlagern. Welche Bedeutung der Forst- und Holzsektor gerade für die Wirtschaftskraft des ländlichen Raumes hat, zeigt das Ergebnis von Branchenstudien, nach denen in der Forst- und Holzwirtschaft an jeweils 100 Festmetern Holz, die für Industrie oder Gewerbe bereitgestellt werden, ein Arbeitsplatz hängt. So trägt auch Hessen Forst Verantwortung für annähernd 1000 Arbeitsplätze in der Säge- und Furnierindustrie, bei Holzwerkstoffen, der Papier- und Zellstoffindustrie, bei Spezialspediteuren, beim Möbelbau und im Tischler- und Zimmererhandwerk.

Wir Freie Demokraten fordern ein Ende der ideologisch motivierten Politik der gefühlten Wahrheiten. Wir wollen stattdessen gemeinsam mit den dazugehörigen Verbänden einen „Pakt für den Wald“ erarbeiten. Der „Pakt für den Wald“ soll sowohl ökologische als auch ökonomische und soziale Aspekte unter wissenschaftlicher Begleitung durch Fachinstitute des Forstwesens und Einbeziehung der betroffenen Fachgruppen berücksichtigen. Das Ziel muss weiterhin ein arten- und strukturreicher Mischwald mit hoher Biodiversität sein. Ein solcher Wald hat nach wissenschaftlichen Erkenntnissen außerdem eine höhere CO₂-Speicherkapazität.“

Hintergrund: Die Schwarz-Grüne Koalition hat in ihrem Koalitionsvertrag vereinbart, dass 10 Prozent der Fläche des hessischen Staatswaldes zukünftig nicht mehr bewirtschaftet werden soll. Das ist eine zusätzliche Vorgabe von FSC, die nun erfüllt werden soll, obwohl alle wissenschaftlichen Untersuchungen, die es zu Waldflächenstillegungen bislang gegeben hat, ergaben, dass stillgelegte Flächen nicht nur eine negative CO₂-Bilanz, sondern auch eine geringere Artenvielfalt gegenüber nachhaltig bewirtschafteten Flächen aufweisen.